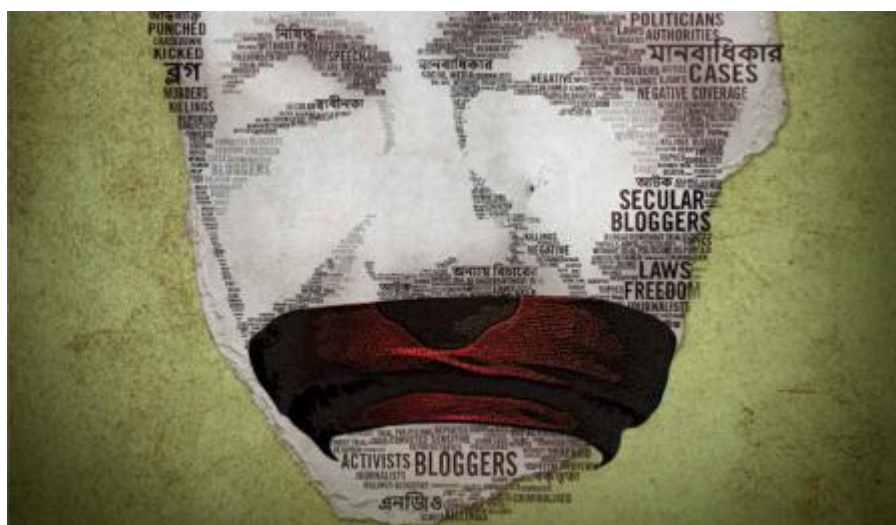




## BANGLADESCH 2022

Auszüge aus dem allgemeinen Jahresbericht  
Berichtszeitraum: 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022

Im asiatisch-pazifischen Raum waren im Jahr 2022 einige schwache Lichtblicke für die Menschenrechte zu erkennen: In mehreren Ländern gab es bescheidene Fortschritte bei den Rechten von Frauen und LGBTI+, Pakistan erließ ein neues Gesetz, das Folter unter Strafe stellt, und in Papua-Neuguinea wurde die Todesstrafe abgeschafft. Dennoch blieb das Gesamtbild düster. In Myanmar wurde der eskalierende bewaffnete Konflikt auf dem Rücken der Zivilbevölkerung ausgetragen. In Afghanistan traten die Auswirkungen der Taliban-Herrschaft auf die Menschenrechte immer deutlicher zutage, besonders die verheerenden Rückschritte bei den Rechten von Frauen und Mädchen.



Wirtschaftskrisen, die durch eine pandemiebedingte Rezession, wirtschaftliches Missmanagement und bewaffnete Konflikte inner- und außerhalb der Region verschärft wurden, hatten gravierende Auswirkungen auf die wirtschaftlichen und sozialen Rechte, u. a. in Afghanistan, Laos und Sri Lanka, wo es an Nahrungsmitteln und ausreichender Gesundheitsversorgung mangelte und ein angemessener Lebensstandard kaum zu erreichen war.

Die Intoleranz gegenüber Andersdenkenden nahm zu, so schränkten die Behörden in vielen Ländern die Rechte auf Meinungs- und Vereinigungsfreiheit weiter ein und nahmen Kritiker\*innen willkürlich fest und inhaftierten sie. Im gesamten asiatisch-pazifischen Raum gingen Menschen auf die Straße, um gegen Ungerechtigkeit,

Entbehrungen und Diskriminierung zu protestieren, doch in Ländern wie Bangladesch, Indien, Indonesien, Nepal, Pakistan, Sri Lanka und Thailand wurde ihnen mit exzessiver, manchmal tödlicher Gewalt begegnet...

## **Recht auf freie Meinungsäußerung**

Das Recht auf freie Meinungsäußerung war in vielen Ländern der Region nach wie vor bedroht, da viele Regierungen verstärkt gegen Andersdenkende vorgingen und sich einer Überprüfung ihres Handelns zu entziehen versuchten.

In mehreren Ländern kam es weiterhin zu Angriffen auf die Pressefreiheit... In Bangladesch, wo Journalist\*innen wegen ihrer Berichterstattung tätlich angegriffen, von Justizbehörden schikaniert und anderweitig bestraft wurden, drohte ein im Entwurf vorliegendes Datenschutzgesetz die Meinungsfreiheit weiter einzuschränken.

**Die Regierungen müssen die Medienfreiheit respektieren, alle Ermittlungen bzw. Strafverfolgungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung diskriminierungsfrei einstellen und gesetzliche Bestimmungen aufheben, die zur Einschränkung oder Kriminalisierung legitimer Meinungsäußerungen führen können.**

## **Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit**

Trotz Bemühungen der Regierungen, abweichende Meinungen zu unterdrücken, machten Menschen in der gesamten Region Gebrauch von ihrem Recht, gegen Ungerechtigkeit und Diskriminierung zu protestieren. Häufig riskierten sie dabei, willkürlich festgenommen zu werden. Da die Behörden wiederholt unnötige und exzessive Gewalt einsetzten, liefen sie außerdem Gefahr, verletzt oder sogar getötet zu werden... Auch in Bangladesch setzte die Polizei scharfe Munition, Gummigeschosse, Schallgranaten und Tränengas ein, um Proteste von Studierenden und Arbeiter\*innen aufzulösen....

**Die Regierungen müssen die Ausübung der Rechte auf friedliche Versammlung und Vereinigungsfreiheit respektieren und gewährleisten. Die Arbeit von Menschenrechtsverteidiger\*innen muss geschützt und ein sicheres und förderliches Umfeld für ihre Tätigkeiten sichergestellt werden...**



## **Unternehmensverantwortung**

Nach der Veröffentlichung eines Berichts von Amnesty International über die Rolle von Unternehmen beim Import und Vertrieb von Flugbenzin, das in Myanmar für militärische

Luftangriffe auf Zivilpersonen verwendet wurde, erklärten Puma Energy und andere ausländische Firmen, dass sie sich aus Myanmar zurückziehen oder ihre Geschäftstätigkeit dort umgehend einstellen würden.

Amnesty International stellte 2022 zudem fest, dass die Algorithmen und Geschäftspraktiken des Konzerns Meta (ehemals Facebook) maßgeblich zu den schweren Menschenrechtsverletzungen an den Rohingya in Myanmar im Jahr 2017 beigetragen haben. Dies machte erneut deutlich, wie wichtig es ist, dass Unternehmen ihre Verantwortung zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte ernst nehmen oder andernfalls zur Rechenschaft gezogen werden.

**Unternehmen sollten Maßnahmen zur Einhaltung der Sorgfaltspflicht ergreifen und sicherstellen, dass ihre Geschäftstätigkeit und die ihrer Partner nicht zu Menschenrechtsverstößen führt oder dazu beiträgt. Sie sollten auch Maßnahmen zur Minderung des Risikos von Menschenrechtsverstößen ergreifen...**



*Symbolfoto: Bernhard Hertlein/© Amnesty International*

## **Rechte von Frauen und Mädchen**

... In Bangladesch registrierte eine NGO Hunderte von Fällen, in denen Frauen von ihren Ehemännern oder anderen Familienmitgliedern vergewaltigt oder getötet worden waren, wobei die Dunkelziffer wahrscheinlich erheblich höher lag, und die Verantwortlichen zumeist straffrei ausgingen...

**Regierungen im gesamten asiatisch-pazifischen Raum müssen größere Anstrengungen zum Schutz von Frauen und Mädchen unternehmen und ihre Diskriminierung beenden. Sie müssen zudem konkrete Maßnahmen zur Verhinderung und Verfolgung von geschlechtsspezifischer und sexualisierter Gewalt ergreifen...**

## **Diskriminierung**

In Bangladesch wurde ein Gesetzentwurf vorgelegt, der die Diskriminierung u. a. aufgrund der Kastenzugehörigkeit, der Religion und anderer Identitätsmerkmale verbieten sollte, doch kam es noch immer zu gewalttätigen Übergriffen auf hinduistische Minderheiten...

**Die Regierungen müssen Menschen, die wegen ihrer ethnischen Herkunft, Religion oder Kastenzugehörigkeit zum Ziel von Hassverbrechen oder Diskriminierung werden,**

**wirksamen und raschen Zugang zu Rechtsschutz ermöglichen und mit den betroffenen Gemeinschaften zusammenarbeiten, um sowohl Diskriminierung im Strafjustizsystem als auch Aufrufe zum Hass im öffentlichen Raum und im Internet zu unterbinden.**

## **Folter und andere Misshandlungen**

Folter und andere Formen der Misshandlung waren für Häftlinge in vielen Ländern nach wie vor an der Tagesordnung, und aus mindestens zehn Ländern wurden Todesfälle in Haft gemeldet, die zum Teil auf Folter zurückzuführen waren.... In den ersten neun Monaten des Jahres 2022 wurden in Bangladesch 54 mutmaßliche Todesfälle in Haft registriert...

**Die Regierungen müssen Folter und andere Misshandlungen verbieten und unter Strafe stellen. Sie müssen zudem wirksame Maßnahmen ergreifen, um Menschen zu schützen und derartige Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Wo sich solche Vorfälle ereignen, müssen die staatlichen Stellen die Vorwürfe untersuchen, die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen und Abhilfe für die Betroffenen schaffen.**



*Symbolfoto: Bernhard Hertlein/© Amnesty International*

## **Klimakrise**

Verheerende Überschwemmungen, drastische Temperaturanstiege, tödliche Taifune und Küstenerosion machten die Anfälligkeit der Region für die Auswirkungen des Klimawandels deutlich. Zugleich waren die Vorsorge- und Anpassungsmaßnahmen größtenteils unzureichend, und die ärmsten und am stärksten marginalisierten Bevölkerungsgruppen litten am heftigsten unter den Folgen...

In Bangladesch führten Klimawandel und Diskriminierung dazu, dass Dalits und andere marginalisierte Gruppen in den südwestlichen Küstenregionen keinen Zugang zu Wasser und sanitären Einrichtungen mehr hatten.

Trotz der Warnsignale waren die Emissionsziele vieler Länder in der Region, einschließlich der größten Emittenten, nicht ausreichend, um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur unter 1,5 °C zu halten, und selbst für diese unzureichenden Ziele waren die politischen Maßnahmen häufig zu schwach...



**Die Regierungen in der gesamten Region müssen dringend ihre Ziele und Maßnahmen in Bezug auf den Klimawandel überprüfen und sicherstellen, dass diese mit dem Ziel, den globalen Temperaturanstieg möglichst gering zu halten, in Einklang stehen. Die Investitionen in Katastrophenvorsorge und Anpassungsmaßnahmen müssen erhöht werden, und der Schutz von marginalisierten Bevölkerungsgruppen und anderen durch den Klimawandel besonders gefährdeten Gemeinschaften muss Vorrang haben. Die wohlhabenderen Länder der Region müssen außerdem dringend die Klimafinanzierung für einkommensschwächere Länder erhöhen und sich verpflichten, zusätzliche zweckgebundene Gelder für Schäden und Verluste bereitzustellen.**



*Flüchtlingslager Kutupalong. Foto: © Yvonne Koch*

## **Rechte von Geflüchteten und Migrant\*innen**

Geflüchtete und Asylsuchende wurden weiterhin stark ausgegrenzt und waren der Gefahr der Zurückweisung (Refoulement) ausgesetzt. Rohingya-Flüchtlinge aus Myanmar lebten nach wie vor unter elenden Bedingungen. In Bangladesch konnten zwar mehr Rohingya-Kinder als im Vorjahr zur Schule gehen, schätzungsweise 100.000 von ihnen hatten jedoch auch weiterhin keinen Zugang zu Bildung. In Malaysia wurden noch immer Angehörige der

Rohingya sowie andere Flüchtlinge aus Myanmar auf unbestimmte Zeit inhaftiert, und mehrere kamen bei Fluchtversuchen ums Leben. Berichten zufolge führten Misshandlungen und schlechte Bedingungen in Hafteinrichtungen für Migrant\*innen zum Tod zahlreicher indonesischer Staatsangehöriger in Malaysia....

**Die Regierungen ... müssen sicherstellen, dass Asylsuchende nicht in Länder abgeschoben werden, in denen ihnen Verfolgung droht.**

---

**Dies sind Ausschnitte aus dem Regionalteil Asien/Pazifik des Amnesty-Jahresberichts 2022. Der vollständige Bericht findet sich unter diesem Link:**

<https://www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/regionalkapitel-asien-pazifik-2022#section-23582660>